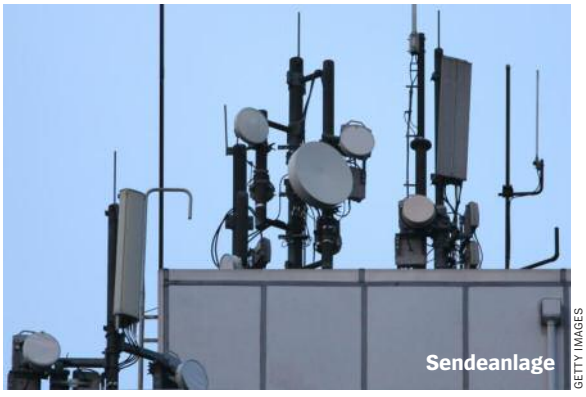
TELEKOMMUNIKATION

Mobilfunk ohne Masten

Die drittgrößte deutsche Handy-Gesellschaft, E-Plus, will Tausende Mobilfunkmasten und Sendestationen an einen Finanzinvestor verkaufen. Erste Gespräche mit möglichen Interessenten hat E-Plus-Chef Thorsten Dirks in den vergangenen Wochen aufgenommen. Grund für den geplanten Millionendeal ist der permanent hohe Finanzbedarf des Düsseldorfer Handy-Anbieters. Seit Monaten versucht das Unternehmen mit seinen Marken E-Plus, Base und Simyo den Mobilfunkmarkt mit aggressiven Flatrate-Angeboten aufzumischen und Konkurrenten wie der Telekom oder Vodafone Marktanteile abzujagen. Erst vor drei Wochen schockte der Düsseldorfer Mobilfunker die Konkurrenz mit einem neuen Tarif, in dem mobiles Internet, SMS und Telefongespräche für eine monatliche Pauschale von 20 Euro angeboten werden. Nachteil des aggressiven Kurses: Es fehlt Geld für den dringend notwendigen Netzausbau. Das will Dirks nun über den Verkauf der Sendemasten einnehmen. Nach einem erfolgreichen Deal sollen die Stationen dann mit langfristigen Verträgen wieder angemietet werden. Offiziell will sich E-Plus nicht zu dem geplanten Verkauf äußern, verweist aber auf die niederländische Mutter KPN. Die hatte bereits Ende vergangenen Jahres in den Niederlanden damit begonnen, Sendemasten zu verkaufen, und in einer ersten Tranche 78 Millionen Euro eingenommen.


Sendeanlage

GETTY IMAGES

STAATSFINANZEN

Mehr Kontrolle

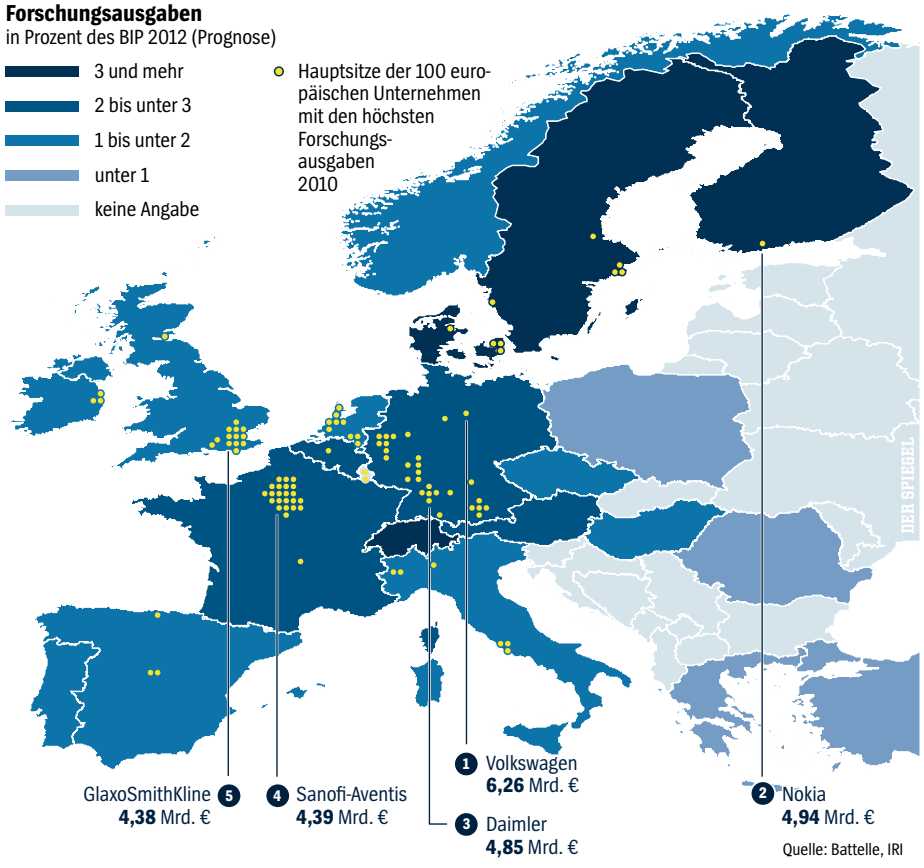
Finanzminister Wolfgang Schäuble möchte ein unabhängiges Kontrollgremium einrichten, das darüber wacht, dass Bund und Länder künftig verschärfte Etatdisziplin wahren. Es soll als Beirat des Stabilitätsrats firmieren, in dem Bund und Länder ihre Finanzpolitik abstimmen. Mitglieder werden Vertreter der Bundesbank und des Sachverständigenrats sein, aber auch Wissenschaftler. Aufgabe des Beirats ist es, eine Schätzung des Staatsdefizits vorzulegen „und Empfehlungen zur Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels abzugeben“, heißt es in einem Eckpunktepapier des Finanzministeriums. Mit den Plänen will Schäuble Vorgaben des Fiskalpakts in deutsches Recht umsetzen. Der Pakt erlaubt Euro-Ländern nur noch ein strukturelles Defizit von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Weichen sie vom Konsolidierungspfad ab, können Strafzahlungen fällig werden. 65 Prozent davon soll der Bund tragen, 35 Prozent die Länder.

QUERSCHNITT

Finnland führt

Weltweit werden die 40 wichtigsten Industriestaaten in diesem Jahr voraussichtlich rund 1,4 Billionen Dollar für Forschung und Entwicklung (F&E) ausgeben – 5,2 Prozent mehr als 2011. Jedes der 40 wichtigsten Forschungsländer erhöht laut einer Studie des amerikanischen Battelle-Instituts sein Budget, Ausnahme ist das krisengeplagte Griechenland: Dort werden nur 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in F&E investiert. In Europa führt Finnland mit 3,8 Prozent die Liste der forschungsstärksten Standorte an, Deutschland rangiert mit 2,87 Prozent im oberen Mittelfeld. Die finnische Spitzenposition ist vor allem der herausragenden Stellung von Nokia geschuldet: Die Ausgaben des Mobilfunkkonzerns entsprachen 2010 rund vier Fünftel der nationalen Forschungsaufwendungen. Im europäischen Konzernvergleich gibt Volkswagen das meiste Geld aus: 6,26 Milliarden Euro fließen in die Labore.

Private und öffentliche Forschungsausgaben
in Prozent des BIP 2012 (Prognose)



Quelle: Battelle, IRI